

Internationale Erfahrungen mit Großen Koalitionen

I. Überblick: Aktuelle Große Koalitionen in Europa

Land	Regierungsparteien	Sitze
Österreich	SPÖ, ÖVP	134/183
Bosnien-Herzegovina	SNSD, SDA, SbiH, HDZ, HZ, PDP, NS	31/42
Bulgarien	BSP, NDSV, DPS	169/240
EU	EPP-ED, PES	499/785
Finnland	KESK, KOK, VIHR, SFP	125/200
Deutschland	CDU/CSU, SPD	448/614
Island	SSF, S	43/63
Liechtenstein	FBP, VU	22/25
Luxemburg	CSV, LSAP	38/60
Niederlande	CDA, PvdA, CU	80/150
Schweiz	SVP, SP, FDP, CVP	167/200

II. Fallbeispiel Österreich

Historische Konfliktlinien: sozio-ökonomisch (links-rechts) und religiös; 3 soziale Lager
1. Republik 1918-1934: Unwilligkeit, Kompromisse einzugehen führt zu Bürgerkrieg 1934
2. Republik: Konkordanzstruktur unter Ausschluss des deutschnationalen Lagers (VdU/FPÖ)

A) 1945-1947: Allparteienregierung

1947 Ausschluss der KPÖ aus Regierungskoalition, wird als Anti-System-Partei angesehen

B) 1947-1966: Große Koalition unter der ÖVP

Ziele: Wiederaufbau, Nationale Souveränität, einheitliche Front gegen die Besatzungsmächte
VdU/FPÖ wird als "nicht koalitionsfähig" angesehen

Besondere Rolle des Präsidenten (*de jure* vs. *de facto*), negativer Parlamentarismus

Koalitionsverträge konzentrierten sich auf Entscheidungsmechanismen und Ämterverteilung

Kritik: "System politischer und gesellschaftlicher Kartellbildung und Abschottung"

C) 1966-1986: Einparteienregierungen/FPÖ-Beteiligung

Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP trotz absoluter Mehrheit für ÖVP 1966

1970 favorisierte Kreisky eine Minderheitsregierung der SPÖ mit Unterstützung der FPÖ

Taktische Wahlen sichern die absolute Mehrheit für die SPÖ von 1971 bis 1983

FPÖ wird durch zunehmend liberalen Kurs koalitionsfähig -> SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1986

1986 wählt FPÖ Haider zum neuen Parteiobmann -> rechtspopulistischer Ruck

D) 1986-1999: Große Koalition unter der SPÖ

FPÖ wird wieder als "nicht koalitionsfähig" angesehen, wird aber immer erfolgreicher

Wichtige und manchmal unpopuläre Entscheidungen werden gemeinsam getragen

Koalitionsverträge legten den Fokus auf Absprachen und Richtlinien der gemeinsamen Politik

Kritik: "Kartellartige Aufteilung des öffentlich-rechtlichen Kosmos durch die Großparteien"

E) 2000-2006: Schwarz-Blaue Koalition

ÖVP und FPÖ gleich stark, schwarz-blaue Koalition trotz Ablehnung durch Präsidenten
Regierungsbeteiligung der FPÖ bringt Ernüchterung und massive Stimmverluste
Innerparteiliche Probleme führen zur Abspaltung des BZÖ von der FPÖ

F) seit 2007: Große Koalition unter Führung der SPÖ

Wahlergebnis bringt keine klaren Mehrheitsverhältnisse
Möglichkeiten: Große Koalition, alternative 3-Parteien-Koalitionen oder Neuwahl

Fazit:

- Die österreichische Politiklandschaft der 2. Republik zeichnet sich durch große Stabilität aus
- Erst seit 1986 zeichnet sich eine langsame Dekonzentration ab (FPÖ-Erfolge, neue Parteien)
- Seit 1949 waren alle Koalitionen "minimal winning"; eine Einzige war "minimum winning"
- Konkordanzpolitik und Positionierung bzw. Erfolg der FPÖ oft wichtiger Koalitionsfaktor
- Einschränkung der Koalitionsmöglichkeiten: Parteiensystem - Politikfelder - Institutionen

III. Fallbeispiel Schweiz

Der kulturell-gesellschaftlichen Heterogenität der Schweiz wird durch Praktiken und Verhaltensweisen Rechnung getragen, die eine möglichst große Anzahl von Akteuren in den politischen Entscheidungsprozess mit einbeziehen.

- Direktdemokratie
- Proporzwahlssystem
- stark dezentraler Föderalismus
- Zweikammersystem (National- und Ständerat)
- „Zauberformel“ (seit 1959 gültig)

Modifikation der „Zauberformel“

Ausgangspunkt: Parlamentswahlen vom 19.10.2003

- Stärkung der rechten und linken Seite des Parteienspektrums zulasten der pol. Mitte

Folgen: SVP (mit 26,7% nun stärkste Partei) fordert nun einen zweiten Sitz im Bundesrat

- Ultimatum: Ansonsten Gang in die Opposition
- Anstelle von Ruth Metzler (CVP) wurde Christoph Blocher zum Bundesrat gewählt
- Neue „Zauberformel“: SVP (2 Sitze), SPS (2 Sitze), FDP (2 Sitze), CVP (1 Sitz)

! politische Zäsur aber noch kein Systembruch

Christoph Blocher: Ein neuer Politikertypus in der Schweiz

Stil seines politischen Verhaltens hebt sich stark von der konkordanzdemokratischen Tradition ab, Konflikte über Verhandlungen zu lösen.

- Verändert die gesamte Kultur der politischen Auseinandersetzung
- Konkurrenzkampf offener und aggressiver

Veränderungen des Kollegialorgans Bundesrat

- Polarisierung der politischen Auseinandersetzung
- Sachpolitische Zuspitzung und Konkurrenz um Wählerstimmen
- Personalisierung der Politik anhand medial erkennbarer Leitfiguren
- Emotionen und Machtspiele verdrängen Konsenssuche und Ausgleich
- Entscheidungsprozess schwieriger und Zeitaufwändiger

Konkordanzdemokratie wird offen in Frage gestellt

„Die Konkordanz ist am Ende“ (SPS-Nationalrat Andreas Gross)

„Die Konkordanz funktioniert nicht mehr“ (FDP-Politiker Peter Weigelt)

Konkordanz ist „schlicht und einfach tot“ (CVP-Fraktionschef Jean Michel Cina)

IV. Fallbeispiel Bulgarien

Amtliches Endergebnis der Parlamentswahlen vom 25. Juni 2005

BSP	30.95%	82 Sitze
NDSV	19.88%	53 Sitze
DPS	12.81%	34 Sitze
„Ataka“	8.14%	21 Sitze
ODS	7.68%	20 Sitze
DSB	6.44%	17 Sitze
BNS	5.19%	13 Sitze
Gesamt		240 Sitze

Überraschende Wahlergebnisse

- BSP bekam nicht die erhoffte und prognostizierte absolute Mehrheit
- DPS erhielt entgegen der Prognosen das beste Ergebnis ihrer Geschichte
- „Ataka“ erhielt beim ihrer ersten Teilnahme an Parlamentswahlen bereits 21 Sitze

Regierungsbildung

- Fortsetzung der bisherigen Koalition aus NDSV, DPS und „Neue Zeit“ (an der 4%-Hürde gescheitert) nicht möglich
- Ersten Auftrag zur Regierungsbildung erhält Sergej D. Stanišev (BSP) am 18. Juli
 - ! Koalition mit NDSV scheint aufgrund personeller Streitigkeiten unmöglich, zudem die BSP nicht ohne DPS regieren will

Um zumindest eine Minderheitsregierung zu bilden ist Stanišev auf „Leihstimmen“ angewiesen.

Letztlich scheitert er damit

- Der zweite Auftrag zur Regierungsbildung erhält Simeon Sakschoburggotski (NDSV), er verzichtet aber überraschend auf das Amt des Premierministers
 - ! Koalition mit BSP scheitert an ihrem beharren die DPS mit in die Regierung aufzunehmen
- Der dritte Auftrag zur Regierungsbildung erhält Ahmed Dogan (DPS) am 15. August 2005, der sein Mandat an die BSP weitergibt
 - ! Aus Furcht aller Beteiligten, die Verschiebung des EU-Beitritts oder Neuwahlen zu riskieren, einigen sich BSP, NDSV und DPS noch am selben Tag auf eine Koalition

Literatur:

- Helge Braun, Die Transformation der Konkordanzdemokratie. Der Schweizerische Bundesrat nach der Modifikation der Zauberformel. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 15. Jg. (2005) Heft 2, S. 345-371.
- Marc Debus, Pre-Electoral Alliances, Coalition Rejections and Multiparty Governments, Baden-Baden 2007, S. 52-61.
- Einsichten und Perspektiven. Bayer. Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft 1/2007: Große Koalitionen, http://www.km.bayern.de/blz/eup/01_07_themenheft/index.asp.
- Wolfgang C. Müller, Austria. Tight Coalitions and Stable Government. In: Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (Hrsg.), Coalition Governments in Western Europe, Oxford 2000, S. 86-125.
- Klaus Schrameyer, Bulgarien nach der Parlamentswahl vom 25. Juli 2005. In: Südosteuropa-Mitteilungen 06/2005.
- <http://www.bulgarien.de>, letzter Zugriff 05.11.2007.
- <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10097.php>, letzter Zugriff 05.11.2007.
- <http://www.parties-and-elections.de/>, letzter Zugriff 05.11.2007.